

INAMO Der Nahe und Mittlere Osten. 1994 – 2019 – 2044: Palästina und Kurdistan.

Schauen wir in den letzten 25 Jahre auf den Nahen und Mittleren Osten, so prägen zwei Elemente diese kurze Epoche, die auch die nächsten 25 noch prägen werden: Krieg und Widerstand.

Krieg ist derzeit in allen Ländern präsent: von der Türkei über Syrien, Irak, Israel/Palästina bis nach Afghanistan und Pakistan. Die Länder, die wie Libanon, Kuwait, Jordanien und Iran bisher noch nicht mit Krieg überzogen sind, waren in der Zwischenzeit Schauplatz von Kriegen, wie Libanon und Kuwait, beteiligen sich an Kriegen in den Nachbarländern, wie Jordanien, oder stehen unter ständiger Kriegsdrohung wie Iran. Die Region zwischen Mittelmeer und Hindukusch ist heute das Zentrum des Kriegsgeschehens dieser Welt. Diese Feststellung übersieht dabei nicht, dass die aktuellen Kriegsschauplätze in Ost- und Westafrika von Somalia bis Westsahara mit ihren gemeinsamen Wurzeln in der Kolonialgeschichte und dem neubelebten Interesse an ihren Ressourcen derzeit zum zweiten Zentrum kriegerischer Auseinandersetzungen werden.

Dennoch spielen die zahlreichen Kriegsherde im Nahen und Mittleren Osten für das Weltsystem eine wesentlich destabilisierendere und den Weltfrieden bedrohendere Rolle als alle anderen regionalen Kriege. Und - machen wir uns nichts vor –die USA sind aktuell dort die größten Brandstifter vor Ort. Noch 1997 konnte Zbigniew Brzezinski schreiben: „Das gegenwärtige globale System der USA, innerhalb dessen die Kriegsgefahr vom Tisch ist, bleibt aller Wahrscheinlichkeit nur in jenen Teilen der Welt stabil, in denen sich die von einer langfristigen Geostrategie gelenkte Vormachtstellung Amerikas vergleichbare oder wesensverwandte soziopolitische Systeme stützt, die miteinander durch multilaterale, von Amerika gestützte Strukturen verbunden sind.“¹ Das war schon damals in doppeltem Sinn falsch. Der Krieg zwischen Irak und Iran von 1980 – 1988 und der Krieg um Kuwait 1990-1991 waren noch nicht so weit Vergangenheit und der Palästinakonflikt war noch nicht gelöst, als dass man vom Ende der Kriegsgefahr sprechen konnte. Vor allem war aber das einzig „vergleichbare oder wesensverwandte soziopolitische System“ Israel eher ein Garant der Vorherrschaft der USA als ein Garant des Friedens in der Region.

Das Oslo-Abkommen, das Arafat und Rabin 1994 abschlossen, erweckte zwar große Hoffnungen, führte aber zu dem, was der spätere Außenminister Schlomo Ben-Ami so formulierte: „Der Osloer Friedensprozess sollte zu einer permanenten neokolonialen Abhängigkeit in den besetzten Gebieten führen, bei der den Palästinensern ein gewisses Maß an Autonomie zugestanden werden sollte.“ Seitdem haben auch die folgenden Friedenskonferenzen von Oslo II über Wye, Camp David II, Taba bis Annapolis im November 2007 den Konflikt weder einer friedlichen Lösung mit zwei Staaten noch einer Verbesserung der Lebenssituation der Palästinenserinnen und Palästinenser näher gebracht. Im Gegenteil, der Gazastreifen ist durch die israelische Blockade derart abgeschnürt und isoliert, dass selbst die dort tätigen UNO-Organisation ihm die baldige Unbewohnbarkeit attestieren. Und die besetzten Gebiete des Westjordanlandes haben durch die permanenten Repressionen und Schikanen, Landraub, Siedlungsaktivitäten und Annexionsdrohungen faktisch die letzten Rest ihrer Autonomie verloren, sie hängen

¹ Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1999, S. 88.

vollständig in ihrer politischen Handlungsfähigkeit von den USA und der israelischen Regierung ab. Die auch von der Bundesregierung benutzte offizielle Bezeichnung „Autonome Gebiete“ ist ein Hohn auf die Realität totaler Abhängigkeit und Unterdrückung.

In diesen 25 Jahren seit 1994 haben sich die Widersprüche zugespitzt, die israelische Besatzung ist brutaler und gewalttätiger geworden (Kriege 2008/2009, 2012, 2014), die palästinensische politische Klasse ist gespaltener und ohnmächtiger als je zuvor und die Aussichten auf Frieden haben sich verdunkelt. Keine guten Voraussetzungen für die nächsten 25 Jahre. Es hat sich allmählich der Eindruck festgesetzt, dass in der israelischen Gesellschaft selbst kein Potential zur Veränderung ihrer kolonialistischen und völkerrechtswidrigen Politik vorhanden ist. Es besteht zudem keine Hoffnung, dass sich international seitens der Arabischen Liga, der EU oder USA Druck aufbauen könnte, die israelische Regierung zum Rückzug aus den besetzten Gebieten und zur Aufgabe ihres Apartheidsystems zu bewegen. Alle Bemühungen der Palästinenser und Palästinenserinnen um Anerkennung und Durchsetzung ihrer Rechte, sei es in der UNO-Generalversammlung und ihren Unterorganisationen oder durch eine friedliche Boykott- und Sanktionsbewegung nach dem Vorbild der Boykottbewegung gegen Südafrika werden radikal bekämpft und delegitimiert. Die Lähmung unserer Gesellschaft durch den Holocaust verhindert immer noch ein rationales Verhältnis zu dem israelischen Staat, welches nur auf der unbedingten Einhaltung der Normen der UNO-Charta und des Völkerrechts beruhen kann. Nur wenn diese Lähmung überwunden wird, kann sich die offene Wunde eines schwelenden Krieges und der täglichen Verletzung der Menschenrechte schließen lassen.

Doch der Palästinakonflikt ist nicht der einzige Konflikt mit ins vorige Jahrhundert zurückreichenden Wurzeln. Der Kurdenkonflikt hatte 1994 schon eine 70jährige gewalttätige Geschichte des Widerstands hinter sich, die mit der Ausrufung des türkischen Staates 1923 und der brutalen Assimilierungspolitik von Mustafa Kemal begann, und 1984 nach der Gründung der PKK in einen blutigen Befreiungskrieg überging. Das kemalistische Nationalismuskonzept steht bis heute jedem ethnischen und kulturellen Anderssein rechtlich wie faktisch feindlich gegenüber. Die Angst, das gleiche Schicksal zu erleiden, wie es das Osmanische Reich im Kampf gegen die Kolonialmächte England und Frankreich erlitten hatte, nämlich die Zerschlagung, bestimmt auch heute noch wesentlich die gnadenlose Gewalt gegen jede Forderung der Kurdinnen und Kurden nach Selbstverwaltung und Autonomie. Bis 1996 war noch das Ziel ihres Kampfes die Unabhängigkeit und Sezession von der Türkei. Seitdem hat sich jedoch Abdullah Öcalan mit der Erkenntnis durchgesetzt, dass das über vier Staaten verteilte Volk der Kurden noch nicht reif für eine eigene Staatsbildung sei, und die Sezession eines Teils (Nordkurdistan) das labile postkoloniale Staatensystem sprengen würde. Hinzu kam die Chancenlosigkeit in einem militärischen Kampf gegen ein hochgerüstetes Mitglied der NATO. Er begrenzte die Forderungen auf Selbstverwaltung und Autonomie innerhalb der Grenzen des türkischen Staates, zog die militärischen Kräfte der Bewegung weitgehend in die Kandil-Berge in Irak zurück und bot immer wieder Waffenstillstand an. Vergeblich, denn Präsident Erdogan verfiel immer wieder auf Armee und Polizei und scheute nicht vor massiven Kriegsverbrechen bei seinen Angriffen auf kurdische Ortschaften und gnadenlose Repression gegen jegliche Opposition zurück. Selbst die Grenzen eines souveränen Nachbarstaates halten ihn nicht davon ab, die erfolgreichen Autonomiebestrebungen der Kurden im Norden Syriens (Rojava) militärisch anzugreifen, den Kanton Afrin zu besetzen und durch nichts zu

rechtfertigende Hoheitsrechte zwischen Euphrat und Tigris mit Krieg und Lügen durchzusetzen.

Es gibt manche Parallelen im Kampf der Kurden zum Widerstand der Palästinenser. Eine ist die Komplizenschaft der westlichen Staaten mit der völkerrechtswidrigen Aggressivität der mit ihnen verbündeten Regierungen. Alle Verpflichtungen aus UNO-Charta und Völkerrecht zum Schutz von Völkern und Minderheiten, zur Durchsetzung der Menschenrechte und zur Stiftung von Frieden werden den strategischen Interessen aus der NATO-Mitgliedschaft und dem Schutz vor den Flüchtlingen aus dem gesamten Mittleren Osten, die sie selbst zu verantworten haben, geopfert. Nichts spricht derzeit leider dafür, dass sich an diesem Un-Verhältnis in den nächsten Jahren etwas ändern wird – es sei denn ein vollkommener Kollaps begräbt dieses zutiefst verkommene imperialistische System.

Norman Paech